



Antrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer** und **Fraktion (AfD)**

„Wahrheitsministerium“ verhindern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Pläne der neuen Bundesregierung, wonach in Zukunft eine „staatsferne Medienaufsicht“ zur Regulierung der Meinungslandschaft eingesetzt werden soll, auf das Schärfste zurückzuweisen sind. Darüber hinaus stellt der Landtag fest, dass diese Pläne mit einer Demokratie absolut unvereinbar sind.

Begründung:

„Die bewusste Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen ist durch die Meinungsfreiheit nicht gedeckt. Deshalb muss die staatsferne Medienaufsicht unter Wahrung der Meinungsfreiheit auf der Basis klarer gesetzlicher Vorgaben gegen Informationsmanipulation sowie Hass und Hetze vorgehen können.“

So lauten die Zeilen im neuen Koalitionsvertrag, welche die Weichen legen für eine düstere und dystopische Zukunft – eine Zukunft für ein orwellsches Deutschland!

Die neue Bundesregierung legt mit diesem Vorhaben die Axt an die Demokratie. Natürlich ist die Verbreitung falscher Tatsachen nicht grundsätzlich von der Meinungsfreiheit gedeckt.

Es stellt sich jedoch die Frage, wer darüber entscheiden soll und kann, was Fakt und was falsch ist.

Dem Koalitionsvertrag folgend möchte Schwarz-Rot dafür eine „staatsferne Medienaufsicht“ installieren. Auch hier ist es höchst fraglich, wie gewährleistet werden soll, dass jenes Gremium die Staatsferne einhält.

Zur Staatsferne ist beispielsweise auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk verpflichtet. Und dennoch wird unverhohlen weit überwiegend linke und grüne Gesinnung propagiert.

Bereits vor dem Erscheinen des Koalitionsvertrages berichtete der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dass eben eine solche Einrichtung von der neuen Regierungskoalition geplant sei, und CDU und SPD dafür im Austausch mit dem „Recherche-Netzwerk Correctiv“ seien.

Er wies dabei darauf hin, dass es sich um jene „gemeinnützige“ und von Steuergeldern subventionierte NGO (Non-Governmental Organisation) handle, der gerichtlich attestiert wurde, falsche Tatsachenbehauptungen zu dem Treffen konservativer Kreise in Potsdam verbreitet zu haben.

Es gibt genug Beispiele jüngster Zeit, in welchen Regierungsstellen höchstselbst verkündeten, was die Wahrheit und was die Unwahrheit sei: Die „Verschwörungstheorie“ der Laborthese als Ursprung des Coronavirus, nebenwirkungsfreie Impfungen, alternative Lockdowns, heilbringende Masken und unvermeidliche Ausgangssperren – alles

vergangene „Tatsachen“, die bereits damals erheblich angezweifelt wurden und mittlerweile als Falschbehauptungen enttarnt sind.

Bereits zu Coronazeiten war die Konsequenz, wenn man dem Narrativ der Regierung widersprach, dass man sozial vollständig isoliert wurde – erst psychisch und dann physisch über 1G, 2G, 3G.

Die Pläne der kommenden Bundesregierung würden nun noch zusätzlich strafrechtliche Konsequenzen mit sich bringen. Letztlich könnte somit für vermeintlich legitime Regierungskritik eine Gefängnisstrafe drohen, weil eine linke NGO oder der Staat selbst darüber entscheiden, was wahr und was falsch ist.

Schon die Coronapolitik hat aufgezeigt, wie unsere Gesellschaft, unsere Freiheit und unser friedliches Miteinander bis zum Äußersten strapaziert wurden. Diese Zeit wird geradezu unschuldig wirken im Vergleich zu dem, was die Pläne der kommenden Bundesregierung für unser Land bedeuten würden.

Es könnte beispielsweise in Zukunft genügen, zu behaupten, es gebe nur zwei Geschlechter, der Klimawandel sei nicht vorwiegend menschengemacht, unregelmäßige Migration sei kontraproduktiv für Deutschland oder die Energiewende sei gescheitert, um womöglich strafrechtlich belangt zu werden.

Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten hatte im Februar auf der Münchner Sicherheitskonferenz eine historische Rede gehalten, in welcher er vor allem der deutschen Regierung vorwarf, die Redefreiheit einzuschränken. Als Grund für die Einschränkungen äußerte er, dass die Regierungen „Angst vor ihrer eigenen Bevölkerung“ haben würden. Die Ausführungen des Vizepräsidenten werden vor dem Hintergrund der Pläne der neuen Bundesregierung nochmals in deren Richtigkeit bestärkt. An anderer Stelle deutete Vance sogar an, dass die Situation in Deutschland Konsequenzen haben könnte. Er sagte: „Glauben Sie, dass der amerikanische Steuerzahler es hinnehmen wird, wenn jemand in Deutschland ins Gefängnis kommt, nur weil er einen gemeinen Tweet gepostet hat?“. Offenbar ließen sich CDU und SPD davon jedoch nicht beirren und planen nun den Todesstoß für die Meinungsfreiheit in Deutschland.

Letztlich würde dieses orwellsche „Wahrheitsministerium“, was im Deckmantel einer „staatsfernen Medienaufsicht“ daherkommt, zur totalen Unterdrückung legitimer Regierungskritik als geframte Hass und Hetze führen. Abweichende Meinungen als Hass und Hetze herabzusetzen und zu zensieren lässt sich auch leichter durchsetzen, als sich mit Fakten auseinanderzusetzen, wie Wahrheit oder Lüge.

Es geht um nicht weniger als um das Mundtot machen jeglicher Kritik. Es wäre das Ende der Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit. Es ist eine totalitäre Maßnahme, die den Gesinnungsstaat verfestigt und unser Land einen Schritt weiter in Richtung Diktatur führt.